

Europa aus Sicht der Regionen

Rede von Herrn Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, anlässlich der Konferenz: „Ein Europa der Regionen unter besonderer Berücksichtigung des Baltikums“ am 08. Dezember 2017, in Klaipeda (Litauen).

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auf Einladung von Herrn Professor Böttcher soll ich heute eine Standortbestimmung Europas aus Sicht der Regionen vornehmen. Gerne komme ich dieser Bitte nach. Aber ehe ich damit beginne, müssen zwei Fragen gestellt werden: Was ist eigentlich Europa? Wenn diese Frage beantwortet ist, folgt gleich die nächste: Was ist eine Region in Europa? Wenn ich diese beiden Fragen ausführlich beantworten würde, wäre meine Redezeit vorbei und Sie würden meinen Standpunkt zu Europa und der Rolle der Regionen in Europa immer noch nicht kennen. Trotzdem möchte ich der Versuchung nicht widerstehen.

Was ist Europa? Wenn wir uns die Erdkugel anschauen, wird es uns nicht direkt auffallen. Wenn wir jedoch eine Weltkarte auf den Tisch legen und hinschauen, dann sehen wir zwei Dinge. Erstens: der europäische Kontinent gehört zu den kleinsten auf der Erde. Zweitens: Dieser Kontinent hat mit Abstand die größte Dichte an Staatsgrenzen. Diese entpuppen sich oft als Wunden der Geschichte, weil sie gewaltsam verändert wurden, weil sie umkämpft waren und weil sie in der Geschichte dieses Kontinentes eine ganz entscheidende Rolle gespielt haben, vor allem dann, wenn sie geöffnet worden sind. Die großen Augenblicke der europäischen Geschichte haben viel mit geöffneten Grenzen zu tun. Das haben wir in zwei Epochen besonders eindrucksvoll erlebt: nach dem Zweiten Weltkrieg und beim Wegfall des Eisernen Vorhangs.

Was ist eine Region? Wie bereits eingangs erwähnt, weist der europäische Kontinent die höchste Dichte an Staatsgrenzen auf. Wenn man jedoch genauer hinschaut, erkennt man innerhalb der einzelnen Staaten noch eine weitere erstaunliche Besonderheit: Die Vielfalt der Regionen, die oftmals sehr viel älter sind als die Staaten, in denen sie sich jetzt befinden und die größtenteils erst irgendwann im 19. Jahrhundert als Nationalstaaten entstanden sind. Man wird ebenfalls schnell feststellen, dass es in den einzelnen Staaten Europas große regionale Unterschiede gibt. In Deutschland sind die Bayern und die Schleswig-Holsteiner nicht immer so ganz auf derselben Wellenlänge. Wenn sie dann auch noch Dialekt reden, verstehen sie sich sogar rein sprachlich nicht. Bei der regionalen Vielfalt kommt noch etwas anderes hinzu. Was man unter dem Begriff Region versteht, ist von Staat zu Staat verschieden. Über die Rolle der Regionen lässt sich nur in der Mehrzahl reden, denn jeder Staat hat sein eigenes regionales Modell mit einer unterschiedlichen Gewichtung der Rolle der Regionen. Bei der Beantwortung der Frage, welche Aufgaben diese Regionen in Europa wahrnehmen können, muss sehr differenziert und vielfältig an die Dinge heran gegangen werden.

Welche Rolle spielen die Regionen in Europa? Sie können eine wichtige Stärke für sich in Anspruch nehmen, da sie eine viel größere Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern als die Nationalstaaten haben. Von ihrem Selbstverständnis her haben Regionen sehr oft einen anderen Zugang zu ihrer eigenen Identität, als dies bei einer Nation der Fall ist. Das kann eine Chance sein. Wenn man jedoch heute irgendwo in Europa über die Rolle der Regionen spricht, kommt unweigerlich das Thema Katalonien zur Sprache. Gestern Abend demonstrierten rund 40.000 Katalanen genau dort in Brüssel, wo ich mein Büro habe. Das muss sehr lebendig

gewesen sein. Es gibt in Katalonien die Hoffnung, einen eigenen Staat zu bilden. Ist das die natürliche Bestimmung der rund 300 Regionen in Europa? Ich glaube es nicht! Denn das würde letztendlich nur das bisherige Rollenverständnis der Staaten in Europa bestätigen und ihre Anzahl vermehren. Ich kenne nur ganz wenige Regionen, in denen diese Perspektive das gewünschte Ziel ist. Ich kenne allerdings viele Regionen in Europa, die mehr Eigenverantwortung anstreben und bereit sind, sich in eine europäische Entwicklung intensiver einzubringen, als das bisher der Fall und als das bisher möglich ist.

Darüber möchte ich heute sprechen und den Versuch unternehmen, der Frage nachzugehen, ob aus den Regionen Europas heraus ein neuer Schub für die Weiterentwicklung der europäischen Integration entstehen kann. Ich glaube, dass dies der Fall ist. Ich bin sogar fest davon überzeugt, dass dies der einzig wirklich vernünftige Weg ist. Dafür gibt es einige Argumente, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Auf diesem Weg gibt es jedoch noch viele Hindernisse, die ich ebenfalls nicht verschweigen möchte. Ich bin auch davon überzeugt, dass die weitere Entwicklung auf diesem Weg noch lange dauern wird, viel länger als mein Mandat als Vorsitzender des Ausschusses der Regionen. Dennoch würde ich mich freuen, wenn ich in dieser Zeit gemeinsam mit meinen 350 Kollegen im ADR, zu denen auch der Bürgermeister der Stadt Klaipeda gehört, einen Beitrag dazu leisten könnte.

Schauen wir uns die Welt, in der wir leben, etwas genauer an und stellen wir uns die Frage: "Was passiert dort eigentlich?". Wir stellen fest, dass es einige sogenannte Megatrends gibt. In ihren regelmäßigen Veröffentlichungen zu diesem Thema zitiert die Bertelsmann Stiftung als ersten Trend die weltweit zunehmenden Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Diese Einschätzung ist schon sehr

bemerkenswert. Die weitreichenden Veränderungen aufgrund der Digitalisierung, die großen Herausforderungen der Globalisierung und die zwar allen bekannten, aber von vielen noch nicht verinnerlichten Konsequenzen des demographischen Wandels verstärken diese Tendenz. Dann folgen die damit sehr eng verbundenen Herausforderungen: Klimaveränderung, Migrationsprobleme, Ressourcenknappheit und Friedenssicherung. All das bedarf politischen Handelns. Keines dieser Probleme löst sich von selbst. Und auch von den Kräften des Marktes, die in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen, ist nicht zu erwarten, dass sie diese Herausforderungen allein zu meistern vermögen. Die Planwirtschaft schafft es auch nicht. Das hat der Misserfolg des real existierenden Kommunismus in der Sowjetunion bewiesen. Es kommt auf die richtige Politikgestaltung und die sich daraus ergebenden Rahmenbedingungen für wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln an. Mit den Büchern, die zu diesem Thema geschrieben wurden, kann man ganze Bibliotheken füllen. So vielseitig die Lösungsansätze auch sein mögen, eines scheint mir gewiss: Keine der großen Herausforderungen, die ich stichwortartig erwähnt habe, lässt sich noch auf der Ebene eines einzelnen Staates alleine lösen. Ob er jetzt so mächtig ist wie das Großherzogtum Luxemburg oder so klein wie die Bundesrepublik Deutschland. Einzelstaatliches Handeln bekommt diese Probleme nicht mehr in den Griff. Daraus ergibt sich für mich eine sehr wichtige Schlussfolgerung für den Rest meines Vortrages. Wir brauchen mindestens kontinentale Entscheidungen und Vorgehensweisen. Bei vielen Dingen müssen wir sogar weltweit denken und handeln. Das konnten wir eindrucksvoll vor einigen Wochen auf der Weltklimakonferenz in Bonn erleben.

Wir brauchen ein starkes und handlungsfähiges Europa! Ich werde mich heute auf die Europäische Union beschränken und nicht von dem Europa des Europarates

reden, das auf längere Sicht sicherlich an Bedeutung gewinnen wird und die eigentliche kontinentale Perspektive ausmacht.

Zu einer starken und handlungsfähigen Europäischen Union gibt es meines Erachtens keine wirklich wünschenswerte Alternative. Dies ist eine These, die ich in den Raum stelle und die auch meine Überlegungen zur Rolle der Regionen ganz entscheidend beeinflusst. Geradezu visionär haben das die Gründungsväter der Europäischen Union erkannt. Sie entwickelten die Idee, die kriegstreibenden Sektoren Kohle und Stahl unter gemeinsame Verwaltung zu setzen. Das hat der Autor Stefan Alexander Entel in seinem Buch „Die Geburtsstunde Europas“ beeindruckend beschrieben. Darin ist auch zu lesen, warum wir vom Beispiel der Sektoren Kohle und Stahl, die inzwischen an Bedeutung verloren haben, kraftvolle Ideen für die Gestaltung der Zukunft unseres Kontinentes ableiten können. Das könnte etwa für den gesamten Energiebereich der Fall sein und wäre im Hinblick auf die nächste Weltklimakonferenz in Polen von großer Bedeutung.

Vergessen wir nicht, dass schon so einiges in der Europäischen Union eine wirkliche Erfolgsstory war. Nicht alles, aber vieles! Es ist durchaus nicht übertrieben, wie Barack Obama die Europäische Union als eine der großen Erfolgsstories der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu bezeichnen. Und ich denke auch, dass der Friedensnobelpreis, den die EU bekommen hat, durchaus verdient war. Die Verleihung war jedoch auch ein Symbol dafür, wie schwierig es ist, den Ansprechpartner zu finden, den man braucht, wenn man Europa greifbar machen will. Erinnern Sie sich noch an die Zeremonie in Oslo, bei der drei Herren nebeneinander standen? Vorher hatte es eine schwierige Diskussion gegeben, wer zuerst das Wort ergreifen durfte und wie die Rollen zu verteilen seien. Ich glaube, dass Martin Schulz damals die intelligenteste Entscheidung getroffen hat, indem er nicht geredet, sondern den Preis in die Hände genommen und in die Kameras

gezeigt hat. So ist das zumindest in meiner Erinnerung haften geblieben. Wie dem auch sei, dieser Friedensnobelpreis war verdient!

Man kann auch den Euro zumindest als einen halben Erfolg bezeichnen. Er wäre zu Größerem imstande, wenn man ihn richtig eingefädelt hätte. Wenn man alle Voraussetzungen geschaffen hätte, die man braucht, um eine gemeinsame Währung zu betreiben. Wenn sich nach dem Verzicht der Euro-Staaten auf das mächtige Instrument der Ab- und Aufwertung die damals gehegte Hoffnung auf eine automatische Angleichung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik erfüllt hätte, dann wäre der Euro heute ein wirklicher Erfolg.

Selbst in kritischen Fragen hat man konkrete Lösungen gefunden, so wie dies zum Beispiel mit dem Dublin Abkommen für die Aufnahme von Asylbewerbern in Europa der Fall war. Dass Asyl in der Regel im Ankunftsland beantragt werden muss, entspricht auf den ersten Blick durchaus dem gesunden Menschenverstand. Diese Lösung ist aber nicht weit genug gedacht, schon gar nicht, wenn man die Geografie Europas kennt. Dann ist genau das passiert, was in Europa immer wieder geschieht. Obschon man merkte, dass es so nicht weiter gehen konnte, wurden unter Hinweis auf die Dublin-Regeln die Dinge laufen gelassen. Sehr lange hat man nichts Besseres zu tun gewusst, als den Papst nach Lampedusa zu schicken, als es brenzlich wurde. Man möge mich nicht falsch verstehen: dies war eine wertvolle Geste, jedoch löst sie das Problem nicht. Die Situation hat sich zusehend verschlechtert und die EU hat das Asylproblem nicht in den Griff bekommen. Das hat die politische Landschaft in Europa grundlegend verändert.

Die zähen Verhandlungen für eine Regierungsbildung in den Niederlanden und das knappe Verhindern des Wahlsieges eines ausländerfeindlichen Populisten bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich verdeutlichen dies in eindrucksvoller Weise. Und das ist sicherlich erst der Anfang. Wie werden etwa die Wahlen in Italien

ausgehen? Wann wird eine neue Bundesregierung in Deutschland zustande kommen?

Die Dauer von Regierungsbildungen hängt übrigens nicht immer mit der Veränderung der politischen Parteienlandschaft zusammen. Belgien hält immer noch mit 541 Tagen den Rekord der längsten Regierungsbildung. Während dieser Zeit hat Belgien erfolgreich die EU-Präsidentschaft absolviert, ein neues Ausländergesetz verabschiedet und den Militäreinsatz in Libyen gutgeheißen, ohne über eine voll funktionsfähige Föderalregierung zu verfügen. Diese konnte 2012 erst eingesetzt werden, nachdem die verhandelnden Parteien sich über eine umfangreiche Föderalismusreform geeinigt hatten, auf deren Grundlage das belgische Bundesstaatsmodell zum 6. Mal umgebaut worden ist. Dabei handelt es sich immer um ein gleichermaßen subtiles und komplexes Gleichgewicht zwischen den Standpunkten der Flamen und Wallonen, wobei auch noch die Interessen der Brüsseler und der Deutschsprachigen berücksichtigt werden müssen. Das führt zu den berühmt berüchtigten belgischen Kompromissen, an denen sich durchaus die Spanier und Katalanen orientieren könnten, um einen Ausweg aus der festgefahrenen Situation zu finden, in die sie nach dem Scheitern der 2006 verabschiedeten und 2010 vom Verfassungsgericht ausgehebelten Novellierung des Katalonien-Statuts geraten sind. Bei einem derartigen Konflikt sollte man sich an einen Tisch setzen und solange verhandeln, bis man eine Lösung gefunden hat. Diese ist dann meistens sehr kompliziert. Da keiner sie bis in das letzte Detail versteht, kann jeder sich als Sieger fühlen. Hauptsache, das Ganze funktioniert irgendwie!

Doch kommen wir zurück zu Europa. Von Obama als Erfolgsstory beschrieben und mit dem Friedensnobelpreis geadelt, müsste der gesamte Kontinent eigentlich vor lauter Europa-Euphorie überschäumen. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus.

Wir erleben zurzeit zunehmende Europaskepsis. Immer mehr Menschen nehmen Europa nicht mehr als eine Hoffnung auf Verbesserung ihre Lebensbedingungen erleben, wie dies noch zu früheren Zeiten der Fall war, sondern als etwas, was ihnen Angst macht, Probleme schafft, Entfremdung bringt und Verlustängste hervorruft. Wir erleben ein Europa, in das der Brexit einen Keil treibt. Wir haben es mit einem Europaparlament zu tun, in dem die Europaskeptiker eine relevante Rolle spielen, die nach den Europawahlen 2019 noch bedeutender sein könnte, als dies heute bereits der Fall ist.

Woher kommt das? Liegt es an einer riesigen Masse an Eurokraten, die in Brüssel herumtoben und jeden Tag eine neue Verordnung für Ölkännchen erfinden? Das ist nicht der Fall! Europa hat insgesamt weniger Mitarbeiter als jede mittlere deutsche Stadt. Wenn man die Dolmetscher und Übersetzer außen vor lässt, dann sind es noch deutlich weniger.

Liegt es etwa daran, dass die Menschen die tolle Arbeit der EU-Behörden nicht verstehen? In den Köpfen gewisser ihrer Mitarbeiter scheint diese Meinung vorzuherrschen. Das habe ich zuletzt noch in Rotterdam bei einer Diskussion über die Städteagenda Europas erlebt. Dort versuchte ein Bürokrat aus Brüssel gestandenen Bürgermeistern lehrmeisterhaft klar zu machen, wie eine Stadt zu funktionieren habe. So entsteht keine Europa-Begeisterung.

Liegt es daran, dass die Menschen die Idee von Europa nicht so recht verstehen? Das stimmt meines Erachtens zumindest teilweise, denn Europa ist seit Beginn viel zu sehr ein Eliteprojekt gewesen. Man hat die Menschen nicht immer so mitgenommen, wie es der Fall hätte sein müssen. Aber das eigentliche Problem ist ein anderes. Europa hat deshalb Schwierigkeiten, weil es eine Reihe von schwerwiegenden und folgenreichen Dysfunktionen gibt, oder anderes ausgedrückt, weil sich Europa in verschiedenen Bereichen in einer sehr

ungünstigen Schieflage befindet. Einige davon möchte ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit erwähnen. Dabei werden wir sehr schnell feststellen, dass vieles letztendlich auf ein Versagen des Europäischen Entscheidungssystems zurückzuführen ist. Dafür tragen die Staaten die größte Verantwortung. Das trifft ganz besonderes auf die Spitzenpolitiker zu, die sich regelmäßig bei ihren Flügen zwischen Brüssel und ihrer jeweiligen Hauptstadt einer Geschlechtsveränderung unterziehen, die sie nicht schmerzt. In Brüssel entscheiden sie mit, was geschieht. Wenn sie zuhause angekommen sind, erklären sie in die Mikros oder Kameras, dass alles Positive ihr Verdienst sei und alles, was nicht so positiv erscheint, in der alleinigen Verantwortung Brüssels läge. Dabei verschweigen sie natürlich, dass sie selbst dazu gehören.

Einige dieser Schieflagen möchte ich stichwortartig anführen. Die vielleicht folgenschwerste und biologisch kaum darstellbare ist die Tatsache, dass die EU gleichzeitig ein Riese und ein Zwerg ist. Ein Riese beim Regeln von Kleinigkeiten, die man viel besser auf anderer Ebene behandeln würde. Es gibt eine richtige Regelungswut, die sich im Laufe der Jahrzehnte entwickelt hat und die man gewissen Leuten in Brüssel nicht mehr ausgetrieben bekommt. Ein Zwerg ist Europa bei großen Dingen. Bei vielen wichtigen Entscheidungen hat die EU nicht ansatzweise das weltpolitische und nicht einmal das innereuropäische Gewicht, das es eigentlich haben müsste. Nun kann man zwar sagen, dass auch der kleinste Zwerg einen langen Schatten wirft, wenn die Sonne tief genug steht, aber das genügt natürlich nicht. Es muss massiv umgepolt, das Gewicht anders verteilt werden. Getreu dem Motto „wenn du nicht mehr weiter weißt, bilde einen Arbeitskreis“ ist zurzeit mit der von der Europäischen Kommission eingesetzten Taskforce Subsidiarität ein Versuch in der Mache, auf den ich nachher nochmals eingehen werde. Doch Scherz beiseite. Ich bin Kommissionspräsident Juncker sehr

dankbar, dass er entgegen der ursprünglichen Absicht der Kommission den Ausschuss der Regionen als dritten Partner, neben dem Europaparlament und den nationalen Parlamenten, in diese Taskforce aufgenommen hat.

Eine andere Schieflage habe ich bereits vorhin angesprochen: Die gemeinsame Währung, die eingeführt wurde, ohne die damit zusammenhängenden Politikbereiche genügend zu integrieren.

Eine weitere Schieflage ist das gesamte institutionelle Gefüge. Auch wenn die Mitglieder des Ministerrates und die EU-Kommissare über eine gewisse demokratische Legitimation verfügen, mangelt es dem gesamten Entscheidungssystem an Wirksamkeit und demokratischer Verankerung. Dieses kann auch deshalb nicht wirklich funktionieren, weil man es nicht geschafft hat, beim Vertrag von Nizza die Funktionsregeln so anzupassen, dass diese auch mit 28 Mitgliedstaaten praktikabel bleiben. Was mit 6, 12 oder 15 Staaten möglich war, ist mit 28 nicht unbedingt machbar. Das Einstimmigkeitsprinzip spielt eine viel zu große Rolle in der Europäischen Union und die Entscheidungsstrukturen sind zu komplex. Wir leiden zurzeit Tag für Tag darunter, dass man das nicht vor der Erweiterung der Union verändert hat.

Kommen wir zur nächsten Schieflage. Es ist eine Tatsache, dass die Pfeiler der europäischen Union nicht gleich stark ausgebaut sind. Die Europäische Union verfügt über ein starkes Wettbewerbsrecht und es spricht vieles dafür, dieses aufrecht zu erhalten und mit Augenmaß weiter zu entwickeln. Aber der Soziale Pfeiler und die Handlungsmöglichkeiten auf Ebene der Dienstleistungen öffentlichen Interesses, die man auf Deutsch so schön als Daseinsvorsorge bezeichnet, sind verkümmert und auf jeden Fall ausbaufähig. Wir haben vor einige Tagen in Göteborg erlebt, wie schwierig es ist, diesen Pfeiler zu stärken und gleichberechtigt aufzubauen. Wir brauchen das aber, wenn wir eine gerechtere

Entwicklung Europas vorantreiben und einen großen Geburtsfehler, der übrigens seit Beginn in sämtlichen Texten steht, ausbessern wollen.

Als Schiefelage möchte ich auch die Art und Weise bezeichnen, wie man mit der Banken-, Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise umgegangen ist. Dass sich aus unverantwortlichem Handeln von Banken am Ende eine Staatsschuldenkrise entwickelt, an deren Folgen wir heute noch leiden, ist inakzeptabel und darf nicht zugelassen werden. Zumindest beweist dies, dass die Finanzwirtschaft die reale Wirtschaft in unverantwortlichem Maße dominiert. Das muss korrigiert werden. Dazu bedarf es Regelungen auf weltweiter oder zumindest auf europäischer Ebene. Auf diesem Gebiet bleibt noch viel zu tun und es müssen dringend die richtigen Weichen gestellt werden. Schauen wir uns an, was über sämtliche politische Lager hinweg alles versprochen wurde, als die Bankenkrise im Jahre 2008 Europa fesselte, und was daraus geworden ist. Wie steht es um das Minimum an Steuergerechtigkeit, an das Kommissar Moscovici vor kurzem nochmals erinnerte, als er davon sprach, dass allein das Mehrwertsteuer-Karussell in Europa jährlich eine Mindereinnahmen von ungefähr 30 Milliarden Euro bedeutet? Dieser Betrag ist im Verhältnis zum europäischen Haushalt durchaus relevant.

Damit wären wir bei der nächsten Schiefelage. Das große Projekt „Europa“ soll mit einem Prozent des europäischen Bruttoinlandsproduktes finanziert werden. Das umschrieb Kommissar Oettinger letztens mit dem Preis einer Tasse Kaffee pro Einwohner pro Tag. Das ist uns Europa zurzeit also finanziell wert. Das kann man eigentlich nicht ernst nehmen, aber das ist die Wirklichkeit, mit der wir uns noch eine längere Zeit werden beschäftigen müssen. Außerdem wurde in den vergangenen Jahren eine Austeritätspolitik betrieben, die sehr unterschiedliche Konsequenzen auf die einzelnen Staaten hatte. Insbesondere die Diskussion mit der Bundesrepublik Deutschland erweist sich in diesem Zusammenhang als sehr

schwierig, egal wer dort gerade an der Macht ist. Mit gewissen ist sie allerdings jedoch noch schwieriger als mit anderen. Daran muss sich ebenfalls etwas ändern, denn ansonsten werden wir Europa kaputt sparen.

Das sind einige der Schieflogen, auf die ich kurz eingehen wollte. Wenn wir Europa wieder fit machen wollen, dann müssen wir all das abarbeiten. Aber wir müssen auch noch ein anderes Thema anpacken, das meines Erachtens ebenso wichtig ist und bei dem wir in den letzten Jahren erlebt haben, dass die Gemeinsamkeiten in Europa doch kleiner sind als oftmals vermutet. Ich rede von den Europäischen Werten. Europa ist nicht nur ein Binnenmarkt, nicht nur eine gemeinsame Währung. Europa ist ganz fundamental eine Wertegemeinschaft und das muss es auch bleiben. Allerdings bestehen in diesem Bereich bedeutende Divergenzen. Auch diese lassen sich, wenn überhaupt, nur durch Dialog und Kontakte beseitigen. Dazu hat Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union im September klärende Worte gefunden. Er sprach von einem Europa, das nach seinem Dafürhalten auf 3 Prinzipien beruht. Ich möchte noch eine 4. Dimension hinzufügen. Er sagt, Europa basiere auf Freiheit, Gleichheit und Rechtstaatlichkeit. Das ist alles richtig, jedoch nicht immer jedem bewusst. Aber Europa basiert auch auf Solidarität und das gehört meiner Meinung zu dem Canon der europäischen Grundwerte dazu.

Welche Rolle spielen bei all dem die Regionen? Ich glaube nicht, dass sie in absehbarer Zukunft an die Stelle der Staaten treten werden und ich bin auch nicht sicher, ob sie das wirklich sollen. Aus meiner Sicht ist eine andere Frage von entscheidender Bedeutung. So wichtig die Regierungsfähigkeit Europas auch sein mag, als noch wichtiger und als eigentlicher Stresstest erweist sich die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. All das vorhin erwähnte kann nur gelingen, wenn die Menschen dort, wo sie leben, in ihrer Dörfern, Regionen und

Städten das Handeln Europas als einen wirklichen Mehrwert erleben. Als einen ökonomischen Mehrwert, im Sinne der nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, als einen intellektuellen Mehrwert im Sinne der Ausrichtung an Werten und als einen emotionalen Mehrwert. Letzterer ist ganz entscheidend: die Gefühle müssen stimmen, wenn ich etwas mögen oder sogar lieben soll. Das gilt auch für Europa! Und genau deshalb spielen die Gebietskörperschaften eine so wichtige Rolle. Sie sind in Europa die Politikebene, der die Menschen am meisten Vertrauen schenken, mehr noch als der Europäischen Union und den Nationalstaaten. Sie sind vor allem das Niveau, wo die Menschen die verantwortlichen Politiker noch persönlich greifen können. Hier in Klaipeda kann niemand jeden Tag Herrn Junker anrufen oder Herrn Tusk zu Gesicht bekommen. Aber er kann sich sehr wohl direkt an seinen Bürgermeister wenden und ihm sagen, was er von der Politik hält. Und dem Bürger Klaipedas, genau wie den Bürgern der anderen hundertfünfzigtausend Kommunen in Europa, ist ziemlich egal, ob etwas in die Verantwortung Europas, des Staates, der Region oder der Stadt fällt. Der Bürger will, dass seine Probleme gelöst werden. Und er nimmt sich denjenigen vor, den er am besten kennt und den er ansprechen kann. Deshalb kann Europa nur gelingen, wenn sowohl jeder Bürger als auch jeder lokaler und regionaler Verantwortliche davon überzeugt ist, dass Europa nicht nur in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg geschieht, sondern vor Ort und prioritär da, wo die Menschen leben.

Wenn man das in seiner ganzen Bedeutung begreift, dann vollzieht sich der entscheidende Paradigmenwechsel, von dem abhängt, ob Europa eine erfolgreiche Zukunft haben wird. Diese fundamentale Erkenntnis ist ganz einfach zu formulieren, aber unwahrscheinlich schwer umzusetzen. Damit das funktioniert, muss eine Kommunikation in zwei Richtungen laufen. Erstens muss das, was in

Europa geschieht, im Alltag der Menschen so ankommen und dargestellt werden, dass es etwas nützt und Sinn macht, ohne zu belästigen und zusätzliche Schwierigkeiten zu schaffen. Zweitens muss das Geschehen vor Ort auch auf den Schreibtischen und vor allem in den Köpfen der europäischen Entscheidungsträger landen. Das ist sehr wichtig aber nicht so ganz einfach, weil nämlich diese regionale und lokale Ebene in Europa sehr unterschiedlich gestaltet ist. Die große Herausforderung besteht darin, diesen wechselseitigen Kooperationsprozess so hinzubekommen, dass am Ende etwas Vernünftiges entsteht. Hier passt das Zitat von Altkanzler Kohl: „Am Ende kommt es darauf an, was hinten raus kommt.“

Die regionale Landschaft in Europa ist sehr vielfältig. Man muss sie praktisch in 28 Varianten studieren, wenn man sich mit der Europäischen Union beschäftigt. Selbst wenn es demnächst nur noch 27 Mitgliedstaaten sein werden, wird die Aufgabe dadurch nicht wesentlich einfacher. Es ist äußerst wichtig, diese regionalen Unterschiede genau zu kennen und sich im Detail mit ihnen zu beschäftigen. Dabei genügt es nicht, den Ist-Zustand zu fotografieren. Es gilt auch, die historische Entwicklung zu verstehen und die vorhandenen Zukunftsperspektiven einzuschätzen. Das ist eine Herkules-Aufgabe, zu deren Bewältigung die Wissenschaft sehr viel beitragen kann. In diesem Zusammenhang fällt aber auch dem Ausschuss der Regionen eine konkrete Aufgabe zu, die er übrigens in Zusammenarbeit mit den europäischen Dachverbänden der Regionen und mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates angehen sollte. Die regionale Vielfalt in Europa ist beeindruckend. Regionen in Deutschland sind etwas völlig anderes als in Frankreich, Rumänien oder Finnland. Trotzdem gibt es auch Dinge, die man vergleichen kann.

Ebenso wichtig wie die Strukturen sind übrigens die regionalen Identitäten. Gibt es überhaupt regionale Identitäten? Diese Frage ist ähnlich wie die nach dem

Ungeheuer von Loch Ness? Bevor ich mir die Frage stelle, wie ich dieses bekämpfe, muss ich mich fragen, ob es überhaupt besteht. Bei Identitäten ist das nicht anders. Besonders, wenn es sich um kollektive Identitäten handelt. Viele Menschen haben schon mit ihrer individuellen Identität so viele Probleme, dass sie ihr Leben lang einen Psychiater brauchen. Bei der Suche nach kollektiven Identitäten ist die regionale Ebene am relevantesten und am authentischsten. Regionale Identitäten prägen Menschen noch viel stärker als nationale und sie führen viel seltener zu ethnischen Missbräuchen und gewaltsamen Konflikten.

Identitäten haben eine Eigenart. Sie leben von der Abgrenzung. Man kann seine Identität nur definieren, indem man erklärt, dass man anders ist als andere. Das fängt mit dem Kleinkind an. Die Trennung von der Mutter ist der erste Schritt zur Wahrnehmung der eigenen Identität. Eine regionale Identität hat auch erst dann eine Substanz, wenn sich Menschen auf einem Gebiet zusammen gehörig und anders fühlen als die Einwohner anderer Gebiete. Darin liegt gleichzeitig das ganze Problem. In diesem Wesensmerkmal kollektiver Identitäten verbirgt sich die ganze Problematik verborgen. Identitäten können gleichermaßen positiv und gefährlich sein. Wenn ich mein Anderssein so verstehe, dass ich mich nur auf mich selbst beziehe und den Rest der Menschheit zu meinem Feind erkläre, dann ähnelt mein regionales Identitätsverständnis dem ausgrenzenden Nationalismus, der unsägliches Unheil über die Welt gebracht hat und immer noch bringt. Wenn ich jedoch meine Identität als regionale Verwurzelung nutze und mich dank dieser Verankerung nach außen hin öffne, um mit anderen in Kontakt zu treten, zusammen zu arbeiten und auszutauschen, dann entwickle ich mich ständig weiter und bringe den positiven Aspekt meiner regionalen Identität zum Erlblühen. Es ist wissenschaftlich untermauert, dass man erfolgreiche Regionen daran erkennt, dass sie gleichzeitig tief verwurzelt und breit vernetzt sind. Und genau das ist das

Identitätskonzept, dass ich mir für starke Regionen in Europa vorstelle, die beim Prozess der europäischen Integration eine bedeutende Rolle spielen.

Besonders spannend wird das Thema der regionalen Identität bei der territorialen Zusammenarbeit. Es handelt sich dabei entweder um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die makroregionale Zusammenarbeit etwa im Ostsee-, Alpen- oder Donaauraum, oder aber um die interregionale Zusammenarbeit zwischen Regionen, die weiter voneinander entfernt sind und keine gemeinsame Grenze haben. In der territorialen Zusammenarbeit steckt ein großes Potential für die Weiterentwicklung der europäischen Integration. Sie bildet ein Kernstück des europäischen Zusammenhaltes und der sich daraus ergebenden Kohäsionspolitik. Sie gehört zur DNA der EU und ihre Fortsetzung ist entscheidend für die Zukunft Europas. Deshalb bekämpfen wir im AdR mit all unserer Kraft, so bescheiden sie auch sein mag, jeden Versuch, aus finanziellen oder sonstigen Gründen die Kohäsionspolitik einzugrenzen, abzubauen oder ganz zu zerstören. Deshalb haben wir vergangenen Oktober gemeinsam mit sechs europäischen Regionalverbänden eine „Cohesion Alliance“ gestartet, die sich dafür einsetzt, dass es auch nach 2020 in der EU weiterhin eine starke, mit genügend Mitteln ausgestattete und - das ist ganz wichtig - für alle Regionen zugängliche Kohäsionspolitik gibt.

Der Zusammenhalt spielt eine entscheidende Rolle. Wenn Europa nicht zusammen hält, dann wird es zerbrechen. Zum Zusammenhalt gehört auch die ganze Dimension der Außenpolitik, die ich heute aus Zeitgründen nicht weiter vertiefen kann. Im Ausschuss der Regionen findet sie ihren Ausdruck in der CORLEAP-Zusammenarbeit für die östliche Partnerschaft sowie in der ARLEM-Zusammenarbeit für den Mittelmeerraum. Dort wird eng mit den Gebietskörperschaften aus diesen Nachbarschaftsregionen zusammengearbeitet.

Dieses europäische Rollenverständnis der Regionen lässt sich auf viele weitere Politikbereiche ausdehnen. Einige möchte ich beispielhaft erwähnen. Dazu gehören die Folgen der Digitalisierung für den Alltag der Menschen ebenso wie die Auswirkungen des Klimawandels oder des drohenden Verkehrskollapses vor Ort. Dabei geht es auch um Zukunft der Städte und der ländlichen Regionen oder, besser gesagt, um das Stadt-Umland-Verhältnis in einer sich mehr und mehr metropolisierenden Welt. Ein ganz fundamentales Thema ist auch die Migrationspolitik. Während die Regionen kaum beeinflussen können, was an den Außengrenzen und in den Ursprungsländern geschieht bzw. zu geschehen hat, stehen sie in der ersten Reihe, wenn es darum geht, Migranten vor Ort zu empfangen und zu integrieren. Die Qualität ihrer Arbeit entscheidet letztendlich darüber, ob Integration gelingt oder nicht. Das ist nicht nur eine Frage der Anzahl Menschen, die kommen, sondern vor allem eine Frage der Art der Politik, die betrieben wird. Und aus Sicht der Gebietskörperschaften gibt es da eine ganze Menge zu tun.

Die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Gebietskörperschaften ist ebenfalls in mehrfacher Weise von Regelungen und Entscheidungen auf EU-Ebene betroffen. Die Gebietskörperschaften spielen eine wichtige Rolle bei der konkreten Umsetzung zahlreicher EU-Richtlinien und stehen für rund 70 Prozent der öffentlichen Investitionen in Europa. Wir brauchen intelligente Vorgehensweisen bei der Gestaltung der Währungsunion, bei der Durchführung der Kohäsionspolitik, beim Einbeziehen der Regionen in die Investitionsstrategie des sogenannten Juncker-Plans, bei der Flexibilisierung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie beim Kombinieren territorialer Politikansätze mit sektoriellen Strategien in Sachen Innovation und Kommunikationsinfrastrukturen.

Schlussendlich ist entscheidend, was an konkreten Ergebnisse bei den Bürgern vor Ort ankommt.

Meine Damen und Herren,

all das, was ich gesagt habe, ist mit dem jetzigen Funktionsmodell der EU nur sehr schwer umzusetzen. Es wäre wunderbar, wenn man das Tagesgeschäft beiseitelegen, sich hinsetzen und in Ruhe darüber nachdenken könnte, wie sich die Funktionsweise der EU grundlegend verbessern lässt. Das wird schon deshalb nicht funktionieren, weil Europa jeden Tag weiter leben muss und weil die jetzigen Regeln nur geändert werden können, wenn man eine Einstimmigkeit erzielt. Zur institutionellen Weiterentwicklung der EU bedarf es einer doppelten Vorgehensweise. Erstens müssen kurzfristig, wenn möglich noch vor den Europawahlen, Verbesserungen auf den Weg gebracht werden, damit die Menschen wieder an Europa glauben können. Zweitens müssen strukturelle Verbesserungen an den EU-Verträgen vorbereitet werden. Wir müssen Europa in dem Geiste weiterentwickeln, den Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union angesprochen hat, der in den Reden des französischen Präsidenten Macron immer wieder heraufbeschworen wird und der auch in der Rede seinen Niederschlag findet, die Martin Schulz gestern in Berlin gehalten hat. Wir müssen an einem starken Europäischen Gemeinwesen arbeiten und die Frage stellen, wer mitmachen will. Wir können uns nicht länger mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden geben. Ein starkes Europa lässt sich am Besten im Gleichschritt mit den 27 Partnern verwirklichen. Aber wenn es sein muss, dann ist auch mit verschiedenen Geschwindigkeiten voran zu schreiten. Von entscheidender Bedeutung ist, dass sich alle in dieselbe Richtung bewegen. Dies erweist sich zurzeit in Europa als besonders schwierig.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

sie waren jetzt genau 1 Stunde und 13 Sekunden aufmerksame Zuhörer. Vieles von dem, was ich sagen wollte, habe ich nicht gesagt. Abschließen möchte ich mit einem Zitat, das ich immer sehr gerne an das Ende einer Rede zum Thema Europa stelle, weil ich es so treffend finde. Es gibt viele Gründe, warum Europa in einer Krise steckt. Aber es gibt einen entscheidenden Grund, Europa voran zu bringen. Europa ist die Lösung der Probleme zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Um das hinzubekommen, braucht man Mut. Mehr Mut zu Europa, wie es der ehemalige Bundespräsident Gauck 2012 in seiner bedeutenden europapolitischen Rede in Berlin gesagt hat: „Wir brauchen Mut zu Europa. Das heißt keine Bedenken-, sondern Bannerträger. Keine Zauderer sondern Zupacker. Keine Getriebenen, sondern Gestalter!“ Ich denke, dass ist ein gutes Schlusswort.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!